

Initiative

Wir sind der Osten!





Initiative

Wir sind der Osten!

Eine Initiative aus der Zivilgesellschaft will Ostdeutschland in ein neues Licht rücken. Mit dabei sind auch Beschäftigte aus dem öffentlichen Dienst.

Mit den Landtagswahlen in Brandenburg, Sachsen und Thüringen stand „der Osten“ im Jahr 2019 besonders stark im Fokus: Die Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler publizierten Studien, Politikerinnen und Politiker erhoben Forderungen, Journalistinnen und Journalisten schrieben lange Essays und Berichte.

Mit dem Bild, das insbesondere viele Medien zeichneten, war Melanie Stein überhaupt nicht glücklich. Als zu negativ, zu problemorientiert und zu klischeebelastet empfand sie im brandenburgischen Perle-

berg geborene Journalistin die Darstellung. „30 Jahre nach der Wende dominieren immer noch Stereotype“, sagt Stein. Insbesondere die Gleichung „Osten = Rechts“ ist ihr viel zu einseitig.

■ Start auf Twitter

Stein möchte ein anderes Ostdeutschland zeigen. Und stellt beim Kurznachrichtendienst Twitter Anfang Juli 2019 die simple Frage: „Hallo Netzwerk, welche erfolgreichen (jungen) Menschen kennt ihr, die in Ostdeutschland geboren wurden und im Westen Karriere ge-

macht haben?“ So finden online die ersten Verbündeten zueinander. Und entwickeln gemeinsam eine Idee, die in den kommenden Monaten einiges Aufsehen erregen und den Initiatoren viel Arbeit beschern wird.

Nach den ersten Treffen und permanentem Austausch mit einem wachsenden Team geht

es los. „Wir sind der Osten – Wir gestalten die Zukunft“, überschreibt die Initiative ihre grundlegende Idee. Und weiter: „Die Wiedervereinigung hat uns geprägt. Jetzt prägen wir die Gesellschaft. Die Initiative ‚Wir sind der Osten‘ macht Menschen aus Ostdeutschland sichtbar, die die Zukunft positiv gestalten. Sie zeigt Macherinnen und Macher, die Her-

„Den sozialen Zusammenhalt, den wir damals haben mussten, versuche ich auch heute zu bewahren. Indem ich meinen Schülerinnen und Schülern klarmache, dass es nicht darum geht, was einer materiell hat, sondern wie derjenige ist.“

Ellen Vierecke, Lehrerin an der Oberschule, zu der Frage, wie ihre ostdeutsche Herkunft sie beeinflusst.

„Ich wünsche mir eine gemeinsame Zukunft, mit einem gesamtdeutschen Blick nach vorn und auch zurück. Dazu gehört vor allem, dass wir endlich aufhören, unsere gesellschaftlichen Probleme zu ‚ossifizieren‘.“

Katrin Cholotta, stellvertretende Referatsleiterin im Bundesministerium für Arbeit und Soziales, zur Frage, was sie sich für Ostdeutschland wünscht.

ausforderungen anpacken. Wir alle sind ostdeutsch sozialisiert, leben aber nicht mehr zwingend im Osten.“

Sozialisation ist also ein entscheidendes Kriterium. Deshalb kommen bei „Wir sind der Osten“ (WSDO) nicht nur Menschen zu Wort, die in Ostdeutschland geblieben oder dorthin zurückgekehrt sind, sondern auch jene, die weggegangen sind. „Wir wollten den Kreis der Mitmachenden grundsätzlich weit fassen“, erklärt Stein. „Mindestens 18 Jahre alt und keine Berufspolitiker, das sind eigentlich die einzigen Einschränkungen.“

■ Vom Erfolg fast überrollt

Und es machen viele mit. Ende November sind es bereits 300 Menschen, die auf den WSDO-Plattformen im Netz (siehe Kasten) ihre Geschichte erzählen. „Am Anfang haben wir schon bewusst Leute angesprochen, die im öffentlichen Leben stehen, auch um sie als

Multiplikatoren zu gewinnen. Schließlich lebt so eine Initiative von der Sichtbarkeit“, so Stein. Und so finden sich unter den Teilnehmenden etwa Künstlerinnen und Künstler – wie der in Thüringen geborene Autor und Unterhalter Julius Fischer – und Journalistinnen und Journalisten – wie etwa Marie-Sophie Schiller aus Sachsen-Anhalt (schrieb für dieses Magazin „Ostdeutsche Identität wächst sich nicht heraus“, Ausgabe Mai 2019).

„Heute melden sich praktisch täglich Menschen, die mitmachen möchten“, sagt Stein. Die Freude über den schon jetzt große Erfolg ist ihr anzumerken. Aber auch der Ansporn, noch mehr zu bewegen. „Uns erreichen wahnsinnig viele Medienanfragen, auch aus dem Ausland.“

■ WSDO wird bunter

Das große Interesse hat dazu geführt, dass die Geschichten bei WSDO zahlreicher und

noch vielfältiger geworden sind, als sie ohnehin schon waren. Studierende sind ebenso dabei wie Rentnerinnen und Rentner. Und natürlich die unterschiedlichsten Branchen und Berufe. Auch aus dem öffentlichen Dienst machen Kolleginnen mit: die stellvertretende Referatsleiterin aus dem Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Katrin Cholotta, und die Oberschul-Lehrerin Ellen Vierecke sind ebenso dabei wie die Professorin Frauke Hildebrandt (schrieb für dieses Magazin „Warum wir eine Ostquote für Spitzenpositionen brauchen“, Ausgabe November 2018).

Stein: „Das Geschlechterverhältnis bei den Teilnehmenden liegt momentan bei 50:50 und es sind alle ostdeutschen Bundesländer vertreten, aktuell am häufigsten aber Sachsen.“

■ Nur ein Netzprodukt?

Und so bietet ein Streifzug durch die Profile der Teilnehmenden auf der WSDO-Internetseite zu einem abwechslungsreichen und vor allem sehr persönlichen Einblick in die Geschichte von Ostdeutschen. Der Fokus der Initiative auf die (digitale) Zukunft wird nicht nur inhaltlich, sondern auch gestalterisch deutlich. Aber ist und bleibt „Wir sind der Osten“ so ein reines Netzprodukt? „Nein“, sagt Melanie Stein. „Wir hatten Mitte Okto-

> Die Initiative im Netz

- > wirsindderosten.de
- > facebook.com/WSDOsten
- > twitter.com/WSDOsten
- > instagram.com/wirsindderosten
- > hallo@wirsindderosten.de

ber unsere Auftaktveranstaltung in Berlin. Und es wird weitere Aktionen im ‚echten‘ Leben geben. Aber dazu kann ich noch nichts verraten, da müssen sich die Leute noch etwas gedulden.“ ■

dbb regional magazin

Beilage zum „dbb magazin“

Herausgeber: Bundesleitung des dbb beamtenbund und tarifunion; Vorsitzende der dbb landesbünde mecklenburg-vorpommern, des SBB Beamtenbund und Tarifunion Sachsen, des dbb landesbundes sachsen-anhalt und des tbb beamtenbund und tarifunion thüringen, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.4081-40. **Telefax:** 030.4081-5599. **Internet:** www.dbb.de. **E-Mail:** magazin@dbb.de

Redaktion: Michael Eufinger
(leitender Redakteur)

Verantwortliche Redakteure für:
Mecklenburg-Vorpommern: Anka Schmidt
Sachsen: Michael Jung
Sachsen-Anhalt: Silke Grothe
Thüringen: Doreen Löser

Artikel, die mit vollem Namen gekennzeichnet sind, stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Herausgeber, des Verlages oder der Redaktion dar. Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird der Einfachheit halber nur die männliche Form verwendet. Sämtliche Personen- und Berufsbezeichnungen gelten jedoch gleichermaßen für alle Geschlechter.

Layout: FDS, Geldern

Titelfoto: Walter Schmitz

Verlag: dbb verlag gmbh, Friedrichstraße 165, 10117 Berlin.
Telefon: 030.7261917-0.
Telefax: 030.7261917-40.
Internet: www.dbbverlag.de.
E-Mail: kontakt@dbbverlag.de

Anzeigen: dbb verlag gmbh, Mediacenter, Dechenstraße 15 a, 40878 Ratingen.
Telefon: 02102.74023-0.
Telefax: 02102.74023-99.
E-Mail: mediacenter@dbbverlag.de

Anzeigenleitung:
Petra Opitz-Hannen,
Telefon: 02102.74023-715.

Anzeigenverkauf:
Christiane Polk,
Telefon: 02102.74023-714.

Anzeigendisposition:
Britta Urbanski,
Telefon: 02102.74023-712,
Preisliste 23, gültig ab 1.10.2019

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien,
Marktweg 42–50, 47608 Geldern



WIR SIND DER
OSTEN

7. Landesgewerkschaftstag der komba m-v

Knecht zu 30 Jahren deutscher Einheit: Zeit für Einheitlichkeit beim Einkommen

Beim 7. Landesgewerkschaftstag der komba – Gewerkschaft für den Kommunal- und Landesdienst am 15. November 2019 in Gägelow bei Wismar ging der Vorsitzende des Dachverbandes dbb m-v, Dietmar Knecht, auch auf die Leistungen des öffentlichen Dienstes von Mecklenburg-Vorpommern in den zurückliegenden Jahren ein.

Knecht betonte dabei, dass der Ruf „Wir sind ein Volk“, mit dem die friedliche Revolution den Fall der Mauer einläutete, heute nicht den Populisten überlassen werden dürfe. „Ich wiederhole an dieser Stelle gern: Wer nicht mit beiden Beinen auf dem Boden unseres Grundgesetzes steht, hat im öffentlichen Dienst nichts verloren“, so der dbb Landesvorsitzende. Denn für den Aufbau eines völlig neuen Rechts- und Sozialstaatsystems ständen ganz wesentlich die Leistungen der Kolleginnen und Kollegen im öffentlichen Dienst. Dabei

müsse allerdings auch festgestellt werden, dass die Einkommensangleichungen bis 2010 viel zu spät vollzogen worden seien und dass Rentnerinnen und Rentner im Osten Deutschlands noch immer auf die volle Anerkennung ihrer Lebensleistung warten müssten.

Es wäre aber laut Knecht auch falsch, Erfolge kleinzureden, denn die Beschäftigungsbedingungen im öffentlichen Dienst hätten sich seitdem spürbar verbessert. Trotzdem gebe es bei den Themen Arbeitszeit, Jahressonderzahlung und Kün-

digungsschutz immer noch Unterschiede, die gerade den aktuellen Nachwuchskräften, die zur Wende noch nicht einmal geboren waren, nicht mehr zu vermitteln seien. In der Vergangenheit sei den Beschäftigten über Arbeitszeit- und Gehaltsreduzierungen, Kürzungen von Sonderzahlungen, Besoldungsexperimente bis hin zum Wegfall von mehr als 120 000 Stellen allein in Mecklenburg-Vorpommern einiges zugemutet worden.

„Die größte Zumutung aus heutiger Sicht ist aber die Föderalismusreform, die im Beamtenbereich zu einem Wettbewerb um die besten Köpfe verkommen ist, die eine Besoldung nach Kassenlage ermöglicht und die Einheitlichkeit der Besoldung seit 2010 wieder zerstört hat. Hier müssen wir attraktiver werden“, so Knecht. „Dazu gehört auch unsere Forderung nach nunmehr 30 Jah-



> Der dbb Landesvorsitzende Dietmar Knecht

ren: gleiches Geld für gleiche Arbeit. Also die bundeseinheitliche Besoldung! Und es wäre wünschenswert, wenn dies nicht nur in den neuen Ländern gefordert wird, sondern beispielsweise auch in unserem Nachbarland Schleswig-Holstein, wo der dortige dbb und die dortige komba aktuell um die Wiedereinführung der Jahressonderzahlung kämpfen müssen.“

dbb m-v bei Fraktion DIE LINKE

Auftakt zu politischen Gesprächen zur Zukunft der Schulbildung in M-V

Der dbb m-v mit seinen Lehrgewerkschaften VBE, PhV-MV und BvLB hatte sich unter anderem an die Landespolitik gewandt, um Verhandlungen zur Zukunft der Schulbildung in Mecklenburg-Vorpommern aufzunehmen.

Der Gesprächsauftritt fand am 30. Oktober 2019 mit der Vorsitzenden der Fraktion DIE LINKE, Simone Oldenburg, statt, die sich bei dbb Landeschef Dietmar Knecht und Michael

Blanck, dem Vorsitzenden der AG Bildung im dbb m-v und des VBE M-V, für die Initiative bedankte, da diese „bei der Fraktion DIE LINKE offene Türen einläuft“, so Oldenburg.



> dbb Landesvorsitzender Dietmar Knecht, Simone Oldenburg (Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE) und Michael Blanck (Vorsitzender der AG Bildung im dbb m-v und des VBE M-V) (von links)

Der dbb m-v verwies darauf, dass es über die bereits jetzt geplanten Aktivitäten hinaus notwendig ist, kurz- und mittelfristig weitere Maßnahmen zu ergreifen. Schwerpunkt ist dabei, attraktiv für junge Leute

zu sein beziehungsweise zu werden, aber auch das älter werdende Bestandspersonal lange und gesund an Bord zu halten. Blanck: „Für uns ist das bereits im April dieses Jahres vom VBE verabschiedete Elf-

Punkte-Sofortprogramm ergänzt durch Vorschläge des PhV-MV und des BvLB eine gute Verhandlungsgrundlage in den nächsten Wochen.“ Für Simone Oldenburg ist klar: „Bildung war in Mecklenburg-Vor-

pommern das Sparschwein, das muss sich nun ändern. Wir fordern mehr Geld für Unterricht, für zusätzliche Lehrkräfte und mehr Attraktivität.“

dbb Landesfrauenvertretung tagt in Rostock

Gleichstellung in unterschiedlichen Gesellschaftssystemen

Am Rande einer Ausstellung mit dem Titel „Gleichstellung gestern, heute, morgen – 30 Jahre friedliche Revolution“ trafen sich am 28. Oktober 2019 die Frauenvertreterinnen aus den Mitgliedsgewerkschaften des dbb m-v auf Einladung ihrer Vorsitzenden Brigitte Schroeder in Rostock zu einer Sitzung, um sich über die aktuellen gewerkschafts- und frauenpolitischen Themen auszutauschen.

Die Beratung fand in den Räumen des Landesfrauenrates (LFR) M-V e. V. statt, zu deren Gründungsmitgliedern die Frauenvertretung des dbb m-v gehört. Claudia Kajatin, die Geschäftsführerin des LFR, gab den dbb frauen einen Einblick in die gegenwärtige Arbeit des Frauennetzwerkes mit seinen 48 Mitgliedsvereinen und -verbänden. Sie richtete ihre Ausführungen auf die Ergebnisse der Delegiertenkonferenz, die im September 2019 stattfand.

Auf der Tagesordnung standen neben dem Jahresbericht 2018, den Aktivitäten 2019 und dem Ausblick auf 2020 auch grundsätzliche Themen. Zum Beispiel die von Peter Ritter (frauen- und gleichstellungspolitischer Sprecher der Partei DIE LINKE im Landtag) wiederholt angesprochene, nach seiner Meinung immer noch vorhandene Geringschätzung der Gleichstellungspolitik in der Landesregierung. Immer noch würden viele in diese Richtung gehende Anträge abgelehnt. Es sei aber das Ziel und die Motivation, die Themen der Gleichstellung immer wieder auf die Tagesordnung zu stellen. Ein

weiterer wichtiger Punkt sei eine Initiative zu einem Paritätengesetz. Hier sollten gemeinsame Strategien mit den kommunalen Landesverbänden entwickelt werden, um mehr Frauen in die Parlamente zu bekommen.

Die von den Mitgliedsverbänden eingereichten Anträge an die Delegiertenversammlung des LFR beinhalteten Forderungen zur Bekämpfung von häuslicher Gewalt und Stalking, Gleichstellungsforderungen, die in Form eines Briefes an die Vorsitzende der Arbeits- und Sozialministerkonferenz (ASMK) übermittelt wurden, die Erarbeitung eines Positionspapiers zum Thema „Prostitution“ sowie die Forderung, das Thema „Reform des steuerlichen Gemeinnützigkeitsrechts“ auf die Tagesordnung der nächsten Konferenz der Landesfrauenräte zu setzen.

Im Anschluss an die Eröffnungsrunde beim LFR gingen die Teilnehmerinnen ins Rostocker Rathaus zur Eröffnung der Ausstellung „Gleichstellung gestern, heute, morgen – 30 Jahre friedliche Revolution“.

Initiatoren dieser Ausstellung sind unter anderem das Ministerium für Soziales, Integration und Gleichstellung, der Landesfrauenrat M-V und die Hanse- und Universitätsstadt Rostock.

Die Ausstellung „Frauenarbeit – Frauenrechte – Frauenalltag“ würdigt Frauen, die unter wechselnden politischen, ökonomischen und sozialen Bedingungen bis heute ihre Frau gestanden haben, die für den Erhalt von Arbeitsplätzen, bessere Arbeitsbedingungen streiten und immer noch für eine faire Bezahlung von Frauen kämpfen. Der Blick zurück schließt die Lebens- und Arbeitsbedingungen in der DDR notwendig ein. Das Erinnern fordert heraus: So war es! War es so? Die acht Zeitzeuginnen geben sehr persönliche Antworten. Die Ausstellung lädt zum Dialog zwischen den Generationen ein. Sie will ermutigen, für gute Arbeit und Gleichberechtigung zu streiten und sich einzumischen.

Nach der Begrüßung durch den Oberbürgermeister der Hansestadt Rostock, Claus Ruhe

Madsen, und der Eröffnung durch die Abteilungsleiterin Frauen- und Gleichstellungspolitik des DGB Bezirk Nord, Lisanne Straka, gab Dr. Christina Klenner vom Institut für empirische Sozial- und Wirtschaftsförderung (INES) Berlin in ihrem Vortrag einen interessanten Einblick in Ergebnisse ihrer Untersuchungen zum Thema „Die Ziele der ostdeutschen Frauenbewegung 1989/90 – erreicht oder vergessen?“. Sie ging dabei von den gleichstellungspolitischen Forderungen aus dem Programm des Unabhängigen Frauenverbands (UFV) von 1990 aus: Anspruchsvolle berufliche Entfaltungsmöglichkeiten, gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit, eine neue Leistungsbewertung von Frauenberufen – das sind die wesentlichen Voraussetzungen auf dem Weg zur wirklichen ökonomischen Gleichstellung von Frauen und zur Zurückdrängung der traditionellen geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung.

Mit anschaulichen Grafiken erläuterte sie zum Beispiel die Verteilung von Frauen und Männern auf die Lohn- und Gehaltsgruppen in der DDR 1989 mit dem Ergebnis, dass auch bereits zu dieser Zeit sich die Frauen eher in den unteren Gruppen wiederfanden.

Die Frage „Wo sind wir vorangekommen?“ beantwortete sie

in puncto Selbstbestimmung über den eigenen Körper (§ 218) und Gleichstellung aller Lebensformen positiv, bei der Entgeltgleichheit allerdings negativ. So lag der Gender Pay Gap 2018 bundesweit bei 20,9 Prozent, der durchschnittliche Stundenbruttoverdienst bei Frauen bei 17,09 Euro und bei Männern bei 21,60 Euro. In Ostdeutschland betrug der Gender Pay Gap sieben Prozent und der durchschnittliche Stundenbruttoverdienst bei Frauen 15,56 Euro und bei Männern 16,74 Euro.

Weitere Untersuchungen betrafen die Repräsentanz in Vorständen und Aufsichtsräten börsenorientierter Unternehmen und in Führungspositio-

nen im Vergleich Ost- und Westdeutschland. So lag der Frauenanteil in Führungspositionen der ersten Führungsebene 2016 in Westdeutschland bei 25 Prozent und in Ostdeutschland bei 30 Prozent.

Interessante Fakten, die in einer anschließenden Gesprächsrunde diskutiert wurden mit Stefanie Drese, Ministerin für Soziales, Integration und Gleichstellung des Landes M-V, Dr. Christina Klenner, Dr. Martina Panke, Ausstellungskuratorin vom Verein zur gemeinnützigen Arbeit des DGB Berlin-Brandenburg, Elke Sasse, Gleichstellungsbeauftragte der Hansestadt Lübeck, und Teresa von Jan vom Vorstand des Landesfrauenrates M-V.



> Frauenvertreterinnen aus den Mitgliedsgewerkschaften des dbb m-v mit Sozialministerin Stefanie Drese (Dritte von links)

Die Frauenvertreterinnen des dbb werteten diese Ausstellung als eine sehr aufschlussreiche, gelungene Darstellung der Frauenarbeit vor 1989 und

nach 30 Jahren friedliche Revolution und nehmen dieses mit in ihre Fachgewerkschaftsarbeit vor Ort.

Delegiertenkonferenz der Lehrkräfte für Berufsbildung

dbb m-v fordert mehr Motivation für ältere Lehrkräfte

Auf der Delegiertenkonferenz des Berufsschullehrerverbands BvLB am 16. November 2019 in Greifswald hat der dbb Landesvorsitzende Dietmar Knecht schnelle und effektive Maßnahmen zur Steigerung der Attraktivität für die Lehrkräfte an Berufs- und Wirtschaftsschulen in Mecklenburg-Vorpommern gefordert.

„Wir haben in M-V die höchste Unterrichtsverpflichtung in der gesamten Bundesrepublik, was auch mit dazu führt, dass gerade ältere Lehrkräfte weit vor

dem Erreichen des Rentenalters kündigen“, sagte Knecht. „Die Folge ist eine weitere Verschärfung des Lehrkräftemangels.“ Angesichts der Tatsache,

dass 42 Prozent der circa 1 700 Berufsschullehrer im Land über 55 Jahre alt sind, müsse auch dem letzten Kritiker einleuchten, dass es erforderlich sei, al-

les nur Mögliche dafür zu tun, Ältere dazu zu motivieren, möglichst lange im Schuldienst zu bleiben.

„Für uns zählen eindeutig auch die Möglichkeit von Altersteilzeit als Personalhalteinstrument sowie weitere Anrechnungsstunden, gekoppelt an das Alter, dazu“, betonte der dbb Landesvorsitzende abschließend.

Landesrechnungshofpräsidentin kritisiert Landeshaushalt 2020/2021

dbb m-v: „Schwesig darf sich nicht von neuer Personalpolitik abbringen lassen“

Die Vorwürfe des Landesrechnungshofes, die Landesregierung schaffe zu viele Stellen neu beziehungsweise vergüte sie künftig zu hoch, kritisierte

der dbb m-v am 29. Oktober 2019 in Schwerin.

„Mit richtungsweisenden Beschlüssen zum Fonds ‚Hand-

lungsfähige Landesverwaltung‘, dem Aussetzen des Personalabbaus und der Schaffung neuer und dringend notwendiger Stellen versucht die

Landesregierung, die demografischen Folgen einerseits abzufedern und andererseits einen Attraktivitätsgewinn für das Bestandspersonal, aber auch

für Berufsanfänger zu schaffen“, so dbb Landesvorsitzender Dietmar Knecht. „Nur so lassen sich öffentliche Dienstleistungen in gewohnter Qualität auch über die Legislatur hinaus aufrechterhalten.“ Nicht

bewertet wurde dagegen der immer weiter voranschreitende Aufgabenzuwachs für das an der Belastungsgrenze arbeitende Personal. Ebenfalls nicht berücksichtigt wurden die finanziellen „Vorleistungen“ des

Personals, die sich seit 2003 mit mehr als 500 Millionen Euro nicht ausgeschöpfter Personalbudgets niederschlagen. „Ich möchte die Landesregierung und insbesondere Ministerpräsidentin Manuela Schwesig

aufrufen, sich nicht von dem eingeschlagenen zukunftsweisenden Weg einer neuen Personalpolitik abbringen zu lassen“, unterstrich der dbb Landeschef nachdrücklich. ■

7. Landesgewerkschaftstag der komba m-v

Thomas Krupp ist neuer komba Landesvorsitzender

Am 15. und 16. November 2019 fand der 7. ordentliche Gewerkschaftstag der komba m-v in Gägelow statt. Mit Thomas Krupp, der seit vielen Jahren stellvertretender dbb Landesvorsitzender ist, wurde einstimmig ein neuer komba Landesvorsitzender gewählt.

Thomas Krupp ist langjähriges komba Mitglied und hat bisher die Interessen der komba als stellvertretender Vorsitzender in der dbb Landesleitung vertreten. Nun kommt ein weiterer großer Verantwortungsbereich hinzu. In seiner Antrittsrede zeigte sich Thomas Krupp in seiner neuen Funktion zuversichtlich und kämpferisch.

Nach der neuen Satzung waren sieben Stellvertreterinnen und Stellvertreter zu wählen. Gewählt wurden Marcus Gerlach, Ilka Heise, Helga Lawrenz, Ulf Schiller, Anka Schmidt, Diether Schmidt und Heiko Seddig.

Gerald Krause, der bisherige Landesvorsitzende, der der komba Landesgewerkschaft über gut zehn Jahre als Vorsitzender vorstand, hat sich nicht erneut zur Wiederwahl gestellt. Anlässlich der Festveranstaltung erhielt er viel Lob und auch ganz herzliche persönliche Worte vom komba Bundesvorsitzenden Andreas Hemsing und vom dbb Landesvorsitzenden Dietmar Knecht. Die Delegierten dankten Gerald Krause ebenso herzlich für sein Engagement und haben ihn zugleich unter großem Beifall zum Ehrenvor-



> Der neue Landesvorsitzende Thomas Krupp (rechts) gratuliert seinem Vorgänger Gerald Krause zu seiner Ernennung zum Ehrenvorsitzenden der komba m-v.

sitzenden der komba m-v gewählt.

Burkhard Preißler, der sich über etliche Wahlperioden hinweg als stellvertretender Landesvorsitzender mit großem Einsatz und mit viel Herzblut in die Gewerkschaftsarbeit eingebracht hat, kandidierte ebenfalls nicht erneut für ein Vorstandsamt. Die Delegierten dankten dem Kollegen Preißler

sehr herzlich für sein großes Engagement im Tarifbereich und ernannten ihn unter großem Beifall zum Ehrenmitglied der komba m-v.

■ Starke Impulse für den Rettungsdienst

Der Gewerkschaftstag stärkte insbesondere die Position des Rettungsdienstes in der komba m-v. In Vertretung des Wirt-

schaftsministers des Landes Mecklenburg-Vorpommern wies Gerhard Bley, Abteilungsleiter im Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Gesundheit Mecklenburg-Vorpommern, darauf hin, dass im Wirtschaftsministerium in einem ersten Schritt auf eine Bitte der komba m-v hin die Tarifbindung der Rettungsdienste untersucht worden sei. Dabei sei zum Teil eine große Differenz zu den Tarifgehältern festgestellt worden. „Die Frauen und Männer des Rettungsdienstes verdienen Respekt und Anerkennung“, so Bley.

Die Delegierten haben Gerhard Bley mit großem Nachdruck mit auf dem Weg gegeben, dass das Land Mecklenburg-Vorpommern nach § 1 Abs. 2 des Rettungsdienstgesetzes M-V verpflichtet ist, auf die Tarifreue hinzuwirken. Entsprechende Vorgaben an die Landkreise und kreisfreien Städte wurden angemahnt.

Zugleich hat sich der Gewerkschaftstag mit einem Antrag eindeutig positioniert und das Eintreten der neuen Landesleitung für eine tarifgerechte Bezahlung der Beschäftigten der Rettungsdienste im Land im Sinne einer Orientierung am TVöD gefordert. Mit Heiko Seddig wurde zudem ein Vertreter der Rettungsdienstkollegen als stellvertretender Vorsitzender in die Landesleitung gewählt. ■

Dresden

Parlamentarischer Abend des SBB

Alljährlich lädt der SBB Beamtenbund und Tarifunion Sachsen die Mitgliedsgewerkschaften und -verbände, aber natürlich auch Vertreter(innen) der sächsischen Politik und Verwaltung, des dbb und anderer sächsischer Institutionen zum Parlamentarischen Abend ein. Am 21. November 2019 fand dieser im Dorint Hotel in Dresden statt.



> Zahlreiche rege Gespräche beim Parlamentarischen Abend des SBB.

Leben verändert hat. Weil ich dankbar bin, dass ich so etwas Wichtiges in meinem Leben erleben durfte.

Und weil es letztlich die Grundlage all dessen ist, was wir heute sind, was wir tun und wie wir es tun.

Aber ist uns allen das eigentlich bewusst? Also so richtig? Vor einem Jahr, zum Parlamentarischen Abend des SBB 2018, haben wir die Frage gestellt, warum Gespräche zwischen Politik und Gewerkschaften so

Die SBB-Landesleitung begrüßte zahlreiche Gäste: Neben der Ersten Vizepräsidentin des Sächsischen Landtages, Andrea Dombois, konnte auch die Staatsministerin für Wissenschaft und Kunst, Eva-Maria Stange, willkommen heißen werden. Auch der Direktor des Sächsischen Landtages, Christopher Metz, sowie der Präsident des Landesamtes für Steuern und Finanzen, Karl

Köll, erschienen. Albrecht Palas vertrat die SPD-Fraktion im Sächsischen Landtag und Rico Gebhardt erschien als Fraktionsvorsitzender der Linken.

Den Abend bereichert haben zwei Impulse: Neben einer Ansprache der Landesvorsitzenden Nannette Seidler richtete auch Landtags-Vizepräsidentin Dombois ein paar Worte an die Gäste.



> Nannette Seidler (Landesvorsitzende des SBB, links) und Andrea Dombois (Erste Vizepräsidentin des Sächsischen Landtages).



> Daniela Dylakiewicz (Referatsleiterin der Stabsstelle Personalstrategie und Verwaltungsmodernisierung in der Staatskanzlei) im Gespräch mit Vertretern der Mitgliedsgewerkschaften.

Der Abend stand unter dem Thema „November 1989 – November 2019: 30 Jahre Friedliche Revolution – Chancen & Herausforderungen“. Und so erinnerte Nannette Seidler daran, warum die Ereignisse im November 1989 für sie so unvergessen bleiben: „Weil es mich und mein Leben verändert hat. Weil es unser

wichtig sind. Heute jedoch beleuchten wir, warum diese Gespräche überhaupt möglich sind.

Unsere gewerkschaftliche und politische Arbeit ist untrennbar mit der Friedlichen Revolution verbunden, ja durch diese überhaupt erst möglich. Dafür sind wir zu Recht dankbar.“ ■

Landesvorstand

Bösze zum neuen stellvertretenden Landesvorsitzenden gewählt



© Kathrin Göpel

> Die neue Landesleitung des SBB: Michael Jung, Steffen Winkler, Klaus-Peter Schölzke, Nannette Seidler, Norbert Bullmann, Imre Bösze, André Ficker und Karen Siwonja (von links)

Am 13. November 2019 fand im Dresdner Wyndham Garden Hotel die 5. Landesvorstandssitzung des SBB statt. Hauptthema war die Abstimmung über den Haushalt 2020 sowie die Wahl eines neuen stellvertretenden Landesvorsitzenden.

Nach der Vorstellung der Lageberichte der Landesleitung, der Querschnittsvertretungen wie auch der einzelnen Grundsatz- und Fachkommissionen wurden die Haushaltsrealisierung 2019 und die Haushaltsplanung 2020 diskutiert. Weiterhin wurde darüber informiert, dass im nächsten Jahr nur noch zwei Landesvorstandssitzungen stattfinden werden: eine

im Mai und eine im November 2020.

Ein weiterer wichtiger Punkt an diesem Tag war die Wahl eines stellvertretenden Landesvorsitzenden: Imre Bösze aus Leipzig, der von der DVG vorgeschlagen wurde, wurde als neues Mitglied der Landesleitung gewählt und unterstützt nun den SBB.

SBB Frauen

Frauenherzen schlagen anders!?

Am 24. Oktober 2019 fand die Informationsveranstaltung der SBB Frauen im Herzzentrum in Dresden statt. Julia Fischer, Oberärztin im Uniklinikum Dresden, klärte die interessierten Teilnehmenden über die organischen Unterschiede zwischen Männer- und Frauenherzen sowie die daraus resultierenden Auswirkungen auf.

Die meisten Frauen leben auf der Dauer-Überholspur, weil der Alltag mit Arbeit, Familie und Freizeit gemeistert werden muss. Alles unter einen Hut zu bekommen, ist oft schwer. Kinderbetreuung und Pflege Angehöriger – irgendwann ist der Akku leer, der Körper zeigt Alarmstufe „Rot“ an. FRAU bleibt auf der Strecke, nichts geht mehr! Der Herzinfarkt ist heute bei Frauen eine häufige Todesursache. Dies liegt vor allem daran, dass Frauenherzen anders

schlagen und die Zeichen nicht erkannt werden!

Hätten Sie es gewusst? Je nach Größe pumpt das Herz circa vier bis sechs Liter Blut am Tag durch den Körper und schlägt circa 100 000 Mal. Das Herz einer Frau schlägt allerdings rund zehn Schläge mehr in der Minute als das der Männer. Darüber hinaus ist es wesentlich kleiner. Die organischen Unterschiede führen natürlicherweise auch zu völlig anderen Symptomen. Ein Herzinfarkt bei



© Margit Liebsch

> Gerlind Steiner-Klaiber (stellvertretende Vorsitzende der SBB Frauen), Julia Fischer (Oberärztin im Uniklinikum Dresden) und Margit Liebsch (stellvertretende Vorsitzende der SBB Frauen) (von links)

Frauen kündigt sich oft untypisch und schon Wochen vorher beispielsweise mit Schmerzen am ganzen Körper, Schweißausbrüchen, Erschöpfung,

Müdigkeit, Kurzatmigkeit, Herzrasen, Schlaflosigkeit oder Erbrechen an. Besonders gefährdet sind Frauen ab 40 Jahren, da der Östrogenspiegel

sinkt. Bluthochdruck, hohe Cholesterinwerte, Diabetes und Rauchen verstärken das Risiko noch zusätzlich.

In der Medizin wurde und wird jedoch stets von einem Durchschnittsmann mit einem durchschnittlichen Männer-

herz ausgegangen, wenn Symptome zugeordnet und Medikamente getestet werden. Auch die Wirkung von Arzneimitteln ist bei Frauen somit anders als bei Männern. Darüber hinaus erhalten Frauen seltener eine weiterführende Diagnostik als Männer. Insbe-

sondere sollte eine Frau, die an Bluthochdruck oder einer Schwangerschaftsdiabetes gelitten hat, dies bei einer möglichen Diagnose mit angeben.

Ja – die Unterschiede sind tatsächlich real. Also gilt es, diese zu erkennen und entsprechend

zu handeln! Wichtig ist auch, auf sich achtzugeben und nicht nur achtsam für die Familie zu sein!

*Gabriele Stuhr,
stellvertretende Vorsitzende
der SBB Frauen*

SBB Frauen

Anträge an den Bundesfrauenkongress beschlossen

Am 7. November 2019 hatten die SBB Frauen die Frauenvertreterinnen der Mitgliedsgewerkschaften zu ihrer Hauptversammlung in das Dorint Hotel in Dresden eingeladen. Die Teilnehmerinnen erwartete eine bunt gemischte Tagesordnung.

Im Anschluss an die Begrüßung durch die Vorstandsvorsitzende der SBB Frauen, Tanja Teich, stellte diese die Vorstandstätigkeiten des letzten Jahres seit den Neuwahlen zum Landesfrauenkongress im November 2018 mittels Geschäftsbericht vor.

Die Referatsleiterin der Stabsstelle Landesweite Organisationsplanung, Personalstrategie und Verwaltungsmodernisierung der Sächsischen Staatskanzlei, Daniela Dylakiewicz, berichtete über die neuesten Entwicklungen der Wertschätzungsoffensive sowie aus dem Bereich Personalstrategie. Weiterhin stellte der stellvertretende dbb Bundesvorsitzende Maik Wagner den Teilnehmerinnen die Voraussetzungen zur Aufstellung als Kandidatin für die sogenannte Sozialwahl vor.

Den Hauptteil der Veranstaltung bildeten die Anträge der SBB Frauenvertretung an den im April 2020 stattfindenden Bundesfrauenkongress. Diese führten zu reger Diskussion und förderlichem Erfahrungsaustausch. Insbesondere das

Thema der Arbeitsmodalitäten wie Heimarbeit, Telearbeit und mobiles Arbeiten wurde ausführlich erörtert. Schlussendlich konnten sämtliche der elf Anträge fast einstimmig beschlossen werden.

Die nächste Hauptversammlung der SBB Frauen wird bereits im Mai 2020 stattfinden. Zu dieser Gelegenheit möchten wir eine stellvertretende Vorsitzende nachwählen, da Tina Jentsch zurückgetreten ist. An



> Hauptversammlung der SBB Frauen im Dorint Hotel Dresden

dieser Stelle sei ihr nochmals herzlich für ihr Engagement gedankt. Somit sind wir auf der Suche nach Unterstützung. Wer sich angesprochen fühlt und sich gerne engagieren

möchte, meldet sich per Mail bei frauen@sbb.dbb.de.

*Gabriele Stuhr
stellvertretende Vorsitzende
der SBB Frauen*



> Landesvorstand der SBB Frauen

© Tina Jentsch (2)

Lehrerverband Berufliche Schulen Sachsen (LVBS)

Im Gespräch mit dem Kultusminister

Am 10. Oktober 2019 waren Dirk Baumbach und Jürgen Fischer, 1. und 2. Vorsitzender des LVBS, im Kultusministerium zu einem Gespräch mit Kultusminister Christian Piwarz eingeladen.

Seitens des Sächsischen Staatsministeriums für Kultus (SMK) nahmen außerdem Ina Pieringer, Bela Bélafi (Leiter Abteilung 2 – Lehrer und Ressourcen), Wilfried Kühner (Leiter Abteilung 3 – Grundsatz/Berufsbildende Schulen) und Klaus Habermalz (Leiter Referat 23 – Lehrpersonal) teil.

In offener Atmosphäre haben die Vertreter des LVBS vier Themen angesprochen, die aktuell für Brisanz in den Lehrerzimmern sorgen und die vorher teilweise in einem offenen Brief an Staatsminister Piwarz gerichtet wurden. Eingangs betonten die Vertreter des LVBS die mittlerweile positiven Entwicklungen: die Bereitschaft des Kultusministeriums mit den Gewerkschaften konstruktiv zu diskutieren sowie Argumente auszutauschen und nach Lösungen zu ringen.

Mit der Sächsischen Lehrkräftearbeitszeitverordnung, die mit dem 1. August 2019 neu veröffentlicht wurde, gibt es eine Passage, die eine Regelung bei Überschreitung der wöchentlichen Pflichtstundenzahl im Blockunterricht beinhaltet. Eine entsprechende Stellungnahme hat der LVBS im Mai 2019 bereits veröffentlicht und Bedenken hinsichtlich der Höhe geäußert. Arbeitsrechtlich ist der neuen Höchststundenzahl allerdings nicht beigekommen, sodass es in Verantwortung der einzelnen Schule liegt, dass sich die Schulleitung und der örtliche Personalrat auf eine Obergrenze einigen, was auch seitens des SMK so erwartet wird. Hier

hat sich der LVBS allerdings ein anderes Signal seitens des Ministeriums erhofft, sodass die Belastungen gerade während des Blockunterrichts auf eine Obergrenze von 30 Stunden fixiert und nur bei Bereitschaft der Lehrkraft eine Überschreitung möglich wird. Bisher sind allerdings dem LVBS und dem SMK keine Fälle angetragen worden, wo diese Festlegungen ausgereizt wurden. Sollte es dennoch Fälle geben, bittet das SMK um Information. Der LVBS ist natürlich bereit zu unterstützen und bittet über die Personalräte oder direkt über den LVBS um entsprechende Informationen.

Das zweite Thema war an die Empfehlungen der Anerkennungskommission gerichtet in

dessen Ergebnis es keine Lösung für die Lehrkräfte (Ingenieurpädagogen, Medizinpädagogen, Agrarpädagogen, Ökonompädagogen oder Ingenieure mit einer Zusatzausbildung in Berufspädagogik) an berufsbildenden Schulen gab.

Der dritte Punkt nahm die spezifischen Probleme unserer Schulart auf, gegliedert einerseits in die finanzielle Situation, andererseits in die Beschreibung der Zunahme des Arbeitsumfanges. Das SMK signalisierte uns bei dieser Problematik Unterstützung, wenn es sich um individualisierte Einzelfälle handelt. Hier ist aus Sicht des SMK allerdings das SMF als Entscheidungsträger der Maßnahme bestimmend.

Im vierten und letzten Punkt der einstündigen Gesprächsrunde wurde die Thematik Wertschätzung und dabei im Besonderen die Anerkennung bei Dienstjubiläen besprochen.

Der Arbeitgeber „Freistaat Sachsen“, der mehr als 100 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und davon über 30 000 Lehrkräfte hat, wird sich künftig noch deutlicher als innovativer und wertschätzender Dienstherr aufstellen und zu erkennen geben. Gedanken dazu werden aktuell im Kultusministerium erarbeitet.

Als Fazit der Gesprächsrunde können wir festhalten, dass trotz der zeitlichen Enge unsere Themen diskutiert und benannt werden konnten. Die Vertreter des LVBS schätzen es sehr, dass gerade während sich die Sondierungen zur Regierungsbildung den engen Korridor bestimmten, es zu dem Meinungsaustausch kam. In Fortsetzung dieser Gesprächsrunde soll es künftig in regelmäßigen Abständen Gespräche geben.

*Dirk Baumbach,
LVBS – Der Berufsschul-
lehrerverband*



> Dabei beim Treffen des LVBS mit dem SMK: Bela Bélafi, Jürgen Fischer, Ina Pieringer, Christian Piwarz, Dirk Baumbach und Wilfried Kühner (von links)

dbb jugend sachsen-anhalt

Neue Führungsspitze gewählt

Auf dem VIII. Landesjugendtag am 8. November 2019 in Magdeburg wurde Thorben Fiedler zum neuen Landesvorsitzenden der dbb jugend sachsen-anhalt gewählt.

Der 23-Jährige aus Bitterfeld-Wolfen ist Vorsitzender der Jugend- und Auszubildendenvertretung der AOK Sachsen-Anhalt. Fiedlers Heimatgewerkschaft ist die Gewerkschaft der Sozialversicherung (GdS).

Fiedler folgt auf Christoph Büchner, der die dbb jugend seit 2016 erfolgreich geführt hatte. Zu stellvertretenden Landesvorsitzenden wählten die Delegierten Paul Cedric Vogt, ebenfalls Mitglied der GdS, und Tibor Nyári (Deutsche Polizeigewerkschaft – DPoIG). Robert Lammert (Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands – BSBD) wurde zum Schatzmeister gewählt. „Wir müssen uns entschieden mit extremen politischen Ten-

denzen in Sachsen-Anhalt auseinandersetzen und demokratische Strukturen im öffentlichen Dienst stärken. Eine wesentliche Frage ist, wie wir in Zukunft effektiv junge Menschen für Gewerkschaften begeistern können“, mahnte der bisherige Vorsitzende.

Thorben Fiedler unterstrich noch einmal die Wichtigkeit der Gewerkschaftsjugend. „Die Interessen der Jugend im politischen Prozess werden noch zu wenig berücksichtigt. Für junge Menschen ist es nicht nur wichtig, was sie heute und zukünftig verdienen, sondern auch wie sie sich beruflich und privat weiterentwickeln und beides miteinander verbinden können. Die Bundesvorsitzenden der dbb jugend, Karoline



> Der neue Vorstand der dbb jugend sachsen-anhalt: Paul Cedric Vogt (stellvertretender Vorsitzender), Robert Lammert (Schatzmeister), Thorben Fiedler (Vorsitzender) und Tibor Nyári (stellvertretender Vorsitzender) (von links)

Herrmann, griff die Stärkung der Demokratie durch gewerkschaftliches Engagement in ihrem Grußwort auf.

Christian Bürger, Vorsitzender der dbb jugend thüringen, und selbst erst wenige Monate im Amt, warb für eine intensivere Zusammenarbeit: „Unsere bei-

den Länder verbinden viele Gemeinsamkeiten und damit gleichermaßen gemeinsame Herausforderungen in unserer Arbeit“, sagte Bürger.

Seitens des dbb sachsen-anhalt nahm Torsten Grabow, stellvertretender Landesvorsitzender, am Landesjugendtag teil. ■

dbb landesfrauenvertretung sachsen-anhalt

Vorbereitung des dbb Bundesfrauenkongresses 2020

An dem für Deutschland so historisch bedeutsamen Tag, dem 9. November 2019, fand die zweite Hauptversammlung der landesfrauenvertretung des dbb sachsen-anhalt in Magdeburg statt. Dass die Geschehnisse am 9. November 1989 noch heute ihre Auswirkungen haben, wurde nicht nur im Bericht der Vorsitzenden Michaela Neersen deutlich.

Im Fokus der Hauptversammlung stand die Vorbereitung des dbb Bundesfrauenkon-

gresses 2020. Die dbb landesfrauenvertretung wird gemäß der in der Hauptversammlung

getroffenen Beschlüsse drei Anträge an den Bundesfrauenkongress einreichen. Themen der Anträge sind ein Rechtsanspruch auf Telearbeit, die Stärkung des Ehrenamtes und die Erhöhung des Frauenanteils in den Parlamenten.

„Angesichts frauenfeindlicher und der Gleichstellungspolitik ablehnend gegenüberstehender Kräfte ist es umso nötiger, öffentlich hörbar Position für

die Gleichstellung von Frauen und Männern zu ergreifen“, so Neersen mit Blick auf die aktuellen politischen und gesamtgesellschaftlichen Entwicklungen im Land.

Neersen informiert die Teilnehmerinnen auch über die aktuelle Entwicklung des öffentlichen Dienstes Sachsen-Anhalt und über die seit April 2019 absolvierten Termine des Vorstandes der dbb landesfrauenvertretung.

Diskutiert wurde, inwieweit sich aufgrund der beruflichen Veränderungen nach der friedlichen Revolution vor 30 Jahren noch heute mögliche Auswirkungen in der Altersversorgung für Beamtinnen und Beamte in Sachsen-Anhalt er-

geben. Hier muss vor allem berücksichtigt werden, dass regelmäßig nicht nur in einem, sondern in zwei unterschiedlichen Altersversorgungssystemen – in der gesetzlichen Rentenversicherung und in der Beamtenversorgung – Anwart-

schaften durch die Betroffenen erworben worden sind. Aus den Berichten der Mitgliedsge- werkschaften wurde zudem erneut deutlich, dass die Nach- wuchsgewinnung im öffentli- chen Dienst ein brennendes Thema ist.

Der Vorstand der dbb frauen- vertretung hat sich letztmalig in diesem Jahr am 26. Novem- ber 2019 getroffen. Für 2020 sind wieder zwei Hauptver- sammlungen sowie ein Seminar der landesfrauenvertre- tung geplant. ■

Gewerkschaft Technik und Naturwissenschaft im öffentlichen Dienst - BTB Fachkräfte finden, fördern und binden

Bereits Ende September 2019 fand ein Spitzenge- spräch zwischen Vertretern der Gewerkschaft Technik und Naturwissenschaft im öffentlichen Dienst (BTB Sachsen-Anhalt), Landesfachgruppe Vermessung und Landentwicklung (LFG VL), und dem Ministerium für Landentwicklung und Verkehr (MLV) statt.

Seitens des MLV nahmen Staatssekretär Sebastian Putz, Karin Lips (Referatsleiterin 12) und Robert Tropartz (stellvertreter Abteilungsleiter 4 und Referatsleiter 42) teil. Für den BTB, LFG-VL, waren neben dem Vorsitzenden Rainer Kießling die Frauen- und Jugend- vertreterin Heike Jacobs und Achim Dombert anwesend. Themen des Gespräches waren unter anderem die aktuelle Personalentwicklung im Bereich der technischen Verwaltung sowie die Nach- wuchsgewinnung der Geoin- formations- und Vermessungs- verwaltung in Sachsen-Anhalt.

Ausdrücklich begrüßen die Ge- werkschaftsvertreter, dass endlich ein Umdenken hin- sichtlich des Fachkräftemangels im Bereich der techni- schen Verwaltung stattfindet. Die ursprünglich geplante Personalstärke für die Vermes- sungs- und Geoinformations- verwaltung im Personalent- wicklungskonzept (PEK) von circa 600 Stellen wurde im Ko- alitionsvertrag auf 840 Stellen erhöht, aber aus haushälterischen Gründen auf 813 Stellen begrenzt. Die Gesprächsteil- nehmer sind sich einig, dass

das vorgesehene Personal bei Weitem nicht ausreiche. Der seit Jahren bestehende Perso- nalüberhang sei erstmals un- terschritten. Jede frei werden- de Stelle könne neu besetzt be- ziehungsweise neu ausge- schrieben werden. Dies geschehe aus Sicht des BTB aber zu langsam. „Die Stellen- ausschreibungen dauern zu lange. Mit dem Ausscheiden qualifizierten Personals geht auch das nötige ‚Know-how‘ verloren“, kritisierte Kießling. Der BTB fordere vom MLV, frei werdende Stellen schnellst- möglich wiederzubesetzen. „Dies darf nicht an fehlenden Kapazitäten bezüglich Stellen- ausschreibungen, -bewertungen oder Geschäftsvertei- lungsplänen im Querschnitts- bereich der Verwaltung scheitern. Die verbliebenen Kollegen werden dadurch noch stärker als bisher belastet“, so Kießling.

Um die Probleme des Fachkräf- temangels zukünftig zu lösen, sind die Instrumente der Fach- kräftegewinnung intensiver zu nutzen. Es sei rechtzeitig für Wissensnachschub in den Ver- waltungen zu sorgen. Um mehr junge Leute zu gewin-



> Heike Jacobs (BTB Sachsen-Anhalt, LFG VL), Rainer Kießling (BTB Sachsen-Anhalt, Vorsitzender LFG VL), Staatssekretär Sebastian Putz (CDU), Achim Dombert (BTB Sachsen-Anhalt, LFG VL), Karin Lips (MLV; Referat 12); Robert Tropartz (MLV, Referat 41) (von links)

nen, müsse die Vereinbarkeit von Beruf und Familie, von Beruf und Pflege von Angehörigen wie auch von Beruf und Freizeit verbessert werden. Moderne Arbeitsmodelle, wie zum Beispiel mobiles Arbeiten und Teleheimarbeit, seien Mittel für einen attraktiven Arbeitgeber, die aus Sicht des BTB zwingend notwendig sind. Positiv nehme der BTB die bereits praktizierte alternierende Telearbeit, den Ausbau von Fortbildungsmöglichkeiten sowie die Entwicklung eines wirksamen Gesundheitsmanagements zur Kenntnis. „Dies reicht aber bei Weitem nicht aus“, mahnte Kießling.

Die im Land Sachsen-Anhalt erfolgte Trendwende zur Aus- bildung in der Vermessungs- und Geoinformationsver- waltung wurde von den BTB-Vertretern ausdrücklich begrüßt. Die Ausbildung im

technischen Referendariat und die duale Berufsausbildung zum Beruf Geomatiker(in) seien beständig. Mit dem Haus- haltsentwurf 2020/21 seien sogar Erhöhungen von bisher vier auf sechs Planstellen für das technische Referendariat vorgesehen. Ebenfalls seien eine erste Einführung von 15 Stipendienplätze für Bachelor- studenten des Bereiches Ver- messung und Geoinformation an der Hochschule Anhalt so- wie die Erhöhung von bisher vier auf 15 Ausbildungsplätze für den Beruf Geomatiker(in) geplant. Der BTB fordere vom MLV, sich für den Erhalt der Gelder im Haushaltsentwurf 2020/21 einzusetzen. „Die Maßnahmen zur Ausbildung kommen zwar sehr spät und sind zunächst nur der berühmte ‚Tropfen auf den heißen Stein‘, aber der richtige Weg“, betonte Kießling gegenüber dem MLV.

Unbesetzte Stellen, die trotz mehrfacher Ausschreibung nicht besetzt werden können, seien schon jetzt traurige Realität. Im Zusammenhang mit der Ausbildung sehe der BTB die Notwendigkeit, neben der dualen Berufsausbildung zum/zur Geomatiker/in, in der Verwaltung eine Ausbildung zum/zur Vermessungstechniker/in wieder aufzunehmen. Die Gewerkschaftsvertreter machten deutlich, dass das bisherige Argument des Ministeriums, der Beruf des/der Geomatikers/in beinhaltet den Beruf des/der Vermessungstechnikers/in, fehlerhaft sei. Korrekt sei, dass die duale Ausbildung zum Beruf des/der Geomatikers/in und des/der Vermessungstechnikers/in im ersten Lehrjahr gekoppelt erfolge, aber dann in die speziellen Bereiche getrennt werde. Wenn ein/eine Geomatiker/in im Anschluss an die Ausbildung in den ureigenen Bereichen des Berufes eines/einer Vermessungstechnikers/in eingesetzt werde,

habe er/sie zwar Grundkenntnisse aus dem ersten Lehrjahr, aber eben nicht vertiefte Kenntnisse zu den beruflichen Anforderungen des speziellen Fachbereiches. Im Ergebnis erfolge dann während der produktiven Anstellung eine weitere Qualifizierung, die zusätzlich Kosten verursache. Dies sei unnötig, wenn man die Ausbildung am Bedarf orientiere.

Während vom Land die Anzahl an Ausbildungsplätzen zum technischen Referendariat (Laufbahngruppe 2, zweites Einstiegsamt [ehemaliger höherer Dienst]) zukünftig erhöht werden soll, sei nach wie vor kein „Vorbereitungsdienst“ im Bereich der Laufbahngruppe 2, erstes Einstiegsamt (ehemaliger gehobener Dienst) und Laufbahngruppe 1, zweites Einstiegsamt (ehemaliger mittlerer Dienst) vorgesehen.

Die Zahlen zur aktuellen Personalentwicklung im Landesamt

für Vermessung und Geoinformation Sachsen-Anhalt zeigen für den Beamtenbereich erschreckende Tendenzen. Hier komme erschwerend hinzu, dass selbst wenn Gelder für Ausbildungsplätze in allen Beamtenbereichen zur Verfügung stünden, die Ausbildung im Bereich des ehemaligen gehobenen und mittleren Dienstes nicht unverzüglich beginnen könne. Ein Grund dafür sei, dass die Ausbildungs- und Prüfungsordnungen (APO) noch auf dem Stand der 90er-Jahre und damit veraltet seien. Hier stelle sich die Frage, wie zukünftig hoheitliche Tätigkeiten, die zwingend von Beamten vorzunehmen sind, erledigt werden sollen. Die Gewerkschaftsvertreter äußerten ihr Unverständnis darüber, dass die grundsätzlich positive Ausrichtung der Landesregierung zum Berufsbeamtentum in der Vermessungs- und Geoinformationsverwaltung noch nicht angekommen sei. Sie fordern eine zügige Überarbeitung der

APO, die bereits Ende November 2016 seitens des MLV zugesagt wurde. Ferner sprachen die Gesprächsteilnehmer die Kooperationsvereinbarung „Nachwuchsgewinnung – Geo“ vom 12. Juni 2013 an. Das Gremium setzt sich aus Vertretern des MLV, der Berufsverbände, der Hochschulen, der Wirtschaft und den Gewerkschaften für den Bereich des Geoinformations- und Vermessungswesens zusammen. Aus Sicht des BTB werde dieses Gremium zu wenig genutzt. „Die Zeiten, in denen man Nachwuchskräfte ausschließlich über eine analoge Stellenausschreibung gewonnen hat, sind längst vorbei“, betonte Kießling. Der BTB habe hier konkrete Vorschläge für eine moderne Werbung des Berufsnachwuchses mit bewegten Bildern in den sozialen Netzwerken. „Man sollte seine jungen Nachwuchskräfte dort suchen, wo sie sich tagtäglich aufhalten: in den sozialen Medien“, so Kießling. ■

Philologenverband Sachsen-Anhalt

16 Bundesländer – 1 Abitur?

Am 22. Oktober 2019 kamen 86 Delegierte zum Landesvertretertag des Philologenverbandes Sachsen-Anhalt (PhVSA) in Staßfurt zusammen. „16 Bundesländer – 1 Abitur?“, eine Frage, die in den letzten Monaten intensiv diskutiert wurde, war dabei Schwerpunktthema.

„Wie weiter mit dem Abitur in Deutschland?“, so der Beginn der Eröffnungsrede des Landesvorsitzenden des PhVSA Thomas Gaube. „Es geht um viel mehr als nur um die Frage nach der Notwendigkeit der Vereinheitlichung der Abiturbedingungen, die Schaffung von Bewertungsgerechtigkeit gegenüber Schülerinnen und Schülern oder dem leistungsgerechten Hochschulzugang. Im Kern geht es um die Frage, welchen Anspruch die Gesell-

schaft und wir als Vertreter der Schulform Gymnasium an die gesamte gymnasiale Ausbildung an unseren Schulen haben. Es geht um die Definition und Umsetzung von Qualitätsstandards, um die inhaltliche Gestaltung, aber auch die Durchlässigkeit im Sekundarbereich I – sowohl horizontal als auch vertikal – genauso wie um die Abschlussbezogenheit dieses Bildungsabschnittes an unserer Schulform“, machte Gaube deutlich. Letztendlich

gehe es um die Fragen der strukturellen und inhaltlichen Gestaltung der gymnasialen Oberstufe und der Abiturprüfungen.

■ Unüberschaubare Regelungen

„Trotz bundesweiter Reformen der gymnasialen Oberstufen in der Umsetzung der Vereinbarungen der Kultusministerkonferenz (KMK) schauen wir nach wie vor auf selbst für Schulfachleute unüberschaubare und nicht vergleichbare länderspezifische Oberstufenregelungen“, so Gaube. Dies beginne bei der Fachwählbarkeit, der Fächerständigkeit, den Kursangeboten auf beiden Niveaustufen, setze sich fort in den Regelungen zur Be-

leg- und Einbringungsverpflichtung und ende bei den Auswahlregeln für die schriftlichen und mündlichen Abiturprüfungen.

Man könne eine Gleichwertigkeit und Vergleichbarkeit von Abiturleistungen nicht erwarten, wenn schon die Abiturprüfungsbedingungen und erst recht der gesamte Unterbau, die fachspezifischen, inhaltlichen und strukturellen Voraussetzungen auf dem Weg bis zur Abiturprüfung nicht vergleichbar seien. „Das Abitur in Deutschland ist kein Messergebnis der Leistungen in den schriftlichen und mündlichen Abiturprüfungen, sondern eine Gesamtleistungsmessung über zwei Jahre gymnasialer Ausbildung in der Oberstufe inklusive

der Prüfungsergebnisse“, sagte Gaube.

Bezogen auf die aktuelle bildungspolitische Situation in Sachsen-Anhalt stellte Gaube in Richtung Eva Feußner, Staatssekretärin im Bildungsministerium Sachsen-Anhalt, die Frage: Kann und will das Bildungsministerium, insbesondere in Zeiten des akuten Lehrermangels, weiteren Gemeinschaftsschulen personalintensive zweizügige Oberstufen genehmigen, wenn schon in der Einführungsphase die Mindestschülerzahlen nicht erreicht werden und in unmittelbarer Nähe voll ausgebaute Gymnasien sich befinden?

Ein Schlag ins Gesicht

Zum anstehenden erneuten Versuch der Änderung des § 5 der Arbeitszeitverordnung fand Gaube sehr deutliche Worte. „Der Vorschlag des Finanz- und Bildungsministeriums, die Heraufsetzung der Altersgrenze für das Anrecht auf Altersermäßigungen von 60 auf 62 Jahre und somit der weiteren Verschlechterung der Arbeitsbedingungen und -belastungen ist nicht nur ein Schlag ins Gesicht der Kolleginnen und Kollegen, sondern führt dazu, dass noch mehr Kolleginnen und Kollegen vorzeitig das Handtuch werfen und dem ohnehin schon überlasteten und auf Verschleiß fahrenden System nicht mehr zur Verfügung stehen. Wir nennen das einen klassischen Bumerangeffekt“, kritisierte Gaube.

Staatssekretärin Feußner würdigte die Einsatzbereitschaft der Kolleginnen und Kollegen zur Erfüllung des Bildungs- und Erziehungsauftrages. Dem Bildungsministerium sei die prekäre Situation bei der Unterrichtsversorgung an den Schulen des Landes durchaus bekannt. Das Ministerium und Schulamt unternähmen große Anstrengungen, um neue Lehrkräfte zu gewinnen. Dazu ge-



➤ Staatssekretärin Eva Feußner würdigt die Einsatzbereitschaft der Kolleginnen und Kollegen zur Erfüllung des Bildungs- und Erziehungsauftrages.

höre auch im verstärkten Maße die Gewinnung von Quer- und Seiteneinsteigern sowie deren ausreichende Qualifikation. Unter dem Gesichtspunkt der Gewinnung von Lehrerstunden sollte man auch die angestrebte Verschiebung der Erteilung von Altersanrechnungsstunden sehen.

Feußner informierte zudem über die in Sachsen-Anhalt jetzt gültigen Veränderungen in der Oberstufenverordnung, die neben der weiteren Herstellung von Gerechtigkeit auch die Qualität und Vergleichbarkeit des Abiturs sichern sollen. Hervorzuheben sei hier die Zusammenarbeit mit dem PhVSA, die sich besonders in der Anzahl der möglichen Leistungskursfächer gezeigt habe.

Abitur sollte vergleichbar sein

Susanne Lin-Klitzing, Bundesvorsitzende des DPhV, wies noch einmal auf den Inhalt des Begriffes Abitur hin. „Das Abitur in Deutschland steht für Studierfähigkeit, allgemeine Hochschulreife, Vertiefung der Allgemeinbildung und wissenschafts-propädeutische Ausbildung am Gymnasium. Dieses Abitur, die Bescheinigung, die in den einzelnen Ländern vergeben wird, wird sicher nirgends verschenkt, aber es sollte im Sinne aller Abiturienten

vergleichbar sein“, so Lin-Klitzing. Diese unbedingte Vergleichbarkeit sei ein langfristiges Ziel, an dem permanent gearbeitet werde und gearbeitet werden muss.

Oberstufenverordnungen

Zu Beginn der anschließenden Podiumsdiskussion, die von Stephan Baier, Lehrer am Herdergymnasium in Merseburg, geleitet wurde, erläuterten die Vorsitzenden sowie stellvertretenden Vorsitzenden der Philologenverbände Bayern, Niedersachsen, Thüringen, Berlin/Brandenburg, Sachsen und Sachsen-Anhalt die in diesen Ländern momentan gültigen Oberstufenverordnungen mit all den Vor- und Nachteilen aus der Sicht der Philologen.

Aufgaben der Zukunft meistern

Heinz-Peter Meidinger, Präsident des Deutschen Lehrerverbandes, wies in seiner Rede auf eine problematische Entwicklung in der Gegenwart hin: „Es zeichnet sich ein Wettlauf der Länder um die besten Durchschnittswerte im Abitur ab, um damit den ‚Landeskindern‘ Chancengleichheit in umkämpften Bereichen im Studienbereich zu sichern“, so Meidinger. Das führe zu einer Inflation von Ergebnissen mit dem Wert 1,0 oder zu einem

hohen Prozentsatz von Abschlussresultaten mit einer Eins vor dem Komma. In einigen Ländern sei das annähernd die Hälfte der Abiturientinnen und Abiturienten. Die Frage, ob diese Ergebnisse leistungsgerecht seien, entscheide die Zukunft des Abiturs und somit auch die Zukunft der Gymnasien. „Wenn sich Hochschulen gezwungen sehen, aufgrund überwiegend positiver Abiturdurchschnitte und fehlender Vergleichbarkeit, eigene Zugangsprüfungen anzusetzen, dann besteht keine Notwendigkeit mehr, eine Schulform vorzuhalten, die die Hochschulzugangsberechtigung erteilt“, mahnte Meidinger. Er verwies auf den von der KMK eingeschlagenen Weg: einheitliche Prüfungsanforderungen (EPA) über Bildungsstandards bis zur Schaffung von Aufgabenpools für einige Fächer, aus denen die Länder Aufgaben für die landesspezifischen Abiturprüfungen entnehmen können oder sollten. Dieser Weg sollte ausgebaut werden, denn das Abitur sollte nach wie vor eine Herausforderung auf hohem Niveau sein. Hier seien alle gefragt – Lehrer, Schulleiter, Schulverwaltungen, Ministerien und auch der Bund –, um durch leistungsfähige und leistungswillige Absolventinnen und Absolventen unserer Gymnasien die Aufgaben der Zukunft meistern zu können. ■



Jahresrückblick 2019

Es wird schnell vergessen und selbstverständlich, was gut gelaufen ist

Wieder geht ein Jahr zu Ende, und wieder ist es Zeit, auf das Vergangene zurückzublicken und einen Blick nach vorne zu wagen.

Seit 2019 haben wir einen neuen Feiertag, den Weltkindertag am 20. September, ein neues Personalvertretungsgesetz mit wesentlichen Verbesserungen im Vergleich zur bisherigen Fassung, eine neue Vorschrift, wonach Reisezeiten nunmehr vollständig als Arbeitszeiten anzurechnen sind, eine Klärung der Abrechnung von Hebammenleistungen in der Beihilfe ...

Die Ergebnisse der Tarifrunde 2019 für die Beschäftigten der Länder (außer Hessen) ist auch aus heutiger Sicht rückwirkend als positiv zu bewerten. Für uns aber besonders wichtig war, dass zum zweiten Mal seit Inkrafttreten der Föderalismusreform 2006 unsere Forderung nach zeitgleicher und systemgerechter Übertragung des Tarifergebnisses auf die Beamtenbesoldung und -versorgung

erfüllt wurde. Damit stehen wir aber nicht etwa an der Spitze im Vergleich der Länder. Der Wettbewerb um die besten Nachwuchskräfte hatte zur Folge, dass zum Teil noch eine Schippe draufgelegt wurde. Hier gibt es durchaus Nachholbedarf für unser Land.

28 Jahre lang hat die Mauer der deutschen Teilung gestanden. Vor 30 Jahren ist diese Mauer von den Menschen in der friedlichen Revolution niedergerissen worden. Was uns bei aller immer noch vorhandenen Freude aber sehr nachdenklich stimmen sollte, ist der Umstand, dass die Mauer in den Köpfen offensichtlich nach wie vor sehr stark vorhanden ist. Nicht Gesetze oder andere „Vorschriften von oben“ werden diese Mauer zu Fall bringen können. Es ist unser aller

Aufgabe, im täglichen Leben, privat und beruflich, dazu beizutragen, dass Vorurteile abgebaut werden und die Denkweisen gegenseitige Achtung beinhalten.

Im Wahljahr 2019 wurde die mentale Spaltung unserer Gesellschaft besonders deutlich, und ein Ende dieser Entwicklung ist leider noch nicht abzusehen. Die Verrohung der Sprache ist ein deutliches Indiz, dass da etwas „in die falsche Richtung“ läuft. Dem kann Politik nur sehr begrenzt entgegenwirken, und manchmal gehen derartige Versuche gänzlich fehl und gefährden unsere parlamentarische Demokratie. Wenn, wie aktuell im Land Berlin, eine gesetzliche Vorschrift „Diskriminierung und Rassismus“ beseitigen soll, mag das Vorhaben von manchen als gut empfunden werden. Wenn aber, wie in Berlin vermutlich ab Januar 2020 gültig, jeder von der Polizei vernommene Bürger das Recht



© tbb

> Helmut Liebermann

bekommen soll, ohne Prozessrisiko und ohne Beweis den Polizisten anzuzeigen, der Polizist hingegen seine „Unschuld“ beweisen muss, wird unser Staat insgesamt gefährdet. Aufschlussreich ist, dass die gleichen, die sich für einen schwachen Staat starkmachen, dem Thema Gewalt gegen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes kaum Bedeutung beimessen. Der tbb hat sich Anfang 2019 im Rahmen der Thüringer Enquetekommission dafür einge-

setzt, dass das Thema Gewalt mehr Bedeutung in der politischen Arbeit bekommen muss. Unsere Forderungen haben wir zu Beginn der Legislatur einer neuen Landesregierung in einer Broschüre zusammengefasst, die wir zunächst allen Landtagsabgeordneten über-

geben. Unser Bekenntnis bleibt der Einsatz für einen starken Rechtsstaat und eine parlamentarische Demokratie. Wir setzen darauf, dass es möglichst bald eine handlungsfähige Landesregierung für den Freistaat Thüringen gibt und dass es uns allen gelingt, die

für unser Zusammenleben so negativen Entwicklungen umzukehren.

Jetzt wünsche ich Ihnen und Ihren Familien ein erholsames, fröhliches und gesundes Weihnachtsfest sowie alles Gute für das kommende Kalenderjahr

2020. Danke für die geleistete Arbeit des vergangenen Jahres, sowohl an Ihrem Arbeitsplatz als auch im Rahmen unseres Einsatzes für den öffentlichen Dienst.

Ihr
Helmut Liebermann,
tbb Landesvorsitzender

tbb Inside

Forderungspapier an den Landtag und an die Landesregierung Thüringen

Für die neue Legislaturperiode 2019–2024 hat der tbb beamtenbund und tarifunion thüringen ein umfangreiches Forderungspapier erarbeitet.

Die Übergabe des Forderungspapiers an die Thüringer Landesregierung und an die 90 Abgeordneten ist erfolgt. Die Broschüre umfasst Forderungen aus allen Fachbereichen im öffentlichen Dienst: Innere Sicherheit, Justiz, Arbeitsschutz, Bildung und Schule, Umwelt, Finanzen und allgemeine For-

derungen für den öffentlichen Dienst. Der tbb ist nah dran an Entscheidungsprozessen und Dienstabläufen Ihrer Behörden in Thüringen. Lassen Sie uns offen, kommunikativ, kompetent darüber reden, um neue Lösungsansätze im öffentlichen Dienst in Thüringen zu schaffen. ■



© tbb

Berufsschullehrerverband (BLV) Thüringen

Erfolgreicher Verlauf der IV. Vertreterversammlung

Am 26. Oktober 2019 waren 38 Delegierte zur IV. Vertreterversammlung des BLV nach Weimar/Holzendorf eingeladen. Hier wurden die Ergebnisse der Verbandsarbeit in den vergangenen drei Jahren diskutiert und Festlegungen für die weitere Arbeit getroffen.

Als Erfolge der abgelaufenen Legislatur wurden die Wiedereinführung der Verbeamtung, die Klarstellung seitens des TMBJS zur Berechnung der Arbeitszeit und Mehrarbeit der Lehrer(innen) an den berufsbildenden Schulen sowie das

gute Abschneiden der Vertreter(innen) unseres Verbandes bei den Personalratswahlen im vergangenen Jahr herausgestellt.

Mit großer Mehrheit der Delegierten wurden die bisherigen

Mitglieder des geschäftsführenden Vorstandes in ihren Ehrenämtern bestätigt.

Dies sind:

- > Vorsitzender: **Mario Köhler**
- > stellvertretende Vorsitzende und Leiterin Fachbereich Gewerbe und Technik: **Sylvia Furch**
- > stellvertretende Vorsitzende und Leiterin Fachbereich Gesundheit und Soziales: **Carmen Frey**
- > Vorstandsmitglied für Öffentlichkeitsarbeit: **Birgit Hain**

- > Vorstandsmitglied für Finanzen: **Constanze Schäfer**

Leider konnten für zwei Funktionen im geschäftsführenden Vorstand zum wiederholten Male keine Kandidaten gewonnen werden. So sind die Positionen des/der stellvertretenden Vorsitzenden und Leiter(in) des Fachbereichs Wirtschaft – Verwaltung sowie des Vorstandsmitgliedes für die Ausschussarbeit weiterhin unbesetzt.

Dies bedeutet, dass der Vorstand auch in der nächsten

Legislaturperiode nicht vollumfänglich arbeitsfähig sein wird beziehungsweise bestimmte Aufgaben eben leider nicht in gewünschter Quantität und Qualität bewältigt werden können. Das „Hobby“ Ehrenamt scheinen nicht mehr allzu viele pflegen zu wollen. Umso höher ist es zu bewerten und wurde auch so wertgeschätzt, dass es trotz aller dienstlichen und persönlichen Verpflichtungen noch die engagierten Personen im Vorstand gibt, die ihre Zeit für die Interessen der Lehrer(innen) an den berufsbildenden Schulen in Thüringen verwenden.

Während der Vertreterversammlung beschlossen die Delegierten unter anderem auch, die Legislaturperiode von drei



> Mario Köhler (Vorsitzender), Constanze Schäfer (Schatzmeisterin), Birgit Hain (Öffentlichkeitsarbeit) und Sylvia Furch (stellvertretende Vorsitzende) (von links)

auf fünf Jahre zu erhöhen. Damit ist es dem geschäftsführenden Vorstand nunmehr möglich, Strategien zur Umsetzung von Verbandszielen längerfristig zu planen.

In seinem Schlusswort erklärte der Vorsitzende, dass unter anderem das Eintreten für

- > die Wiedereinführung der Beförderung der

Lehrer(innen) an den berufsbildenden Schulen nach A 14 – auch ohne, dass diese eine Funktionsstelle besitzen sowie

- > die Implementierung einer grundständigen Ausbildung für Fachpraxislehrer(innen) sowie
- > eine zukunftsorientierte Personalpolitik an den berufsbildenden Schulen

die Schwerpunkte der Arbeit des geschäftsführenden Vorstandes bilden werden.

Weitere Informationen und Impressionen zur IV. Vertreterversammlung unter www.blv-thueringen.de.

*Birgit Hain,
BLV-Vorstandsmitglied
für Öffentlichkeitsarbeit*

Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) Thüringen

Landesdelegiertentag 2019 – JUNGE POLIZEI gestärkt

Am 15. und 16. November 2019 fand der Landesdelegiertentag der DPoIG Thüringen in Erfurt statt. Der bisherige Landesvorsitzende der DPoIG Thüringen, Jürgen Hoffmann, wurde in seinem Amt bestätigt.

Auch der tbb Landesjugendleiter Christian Bürger war vor Ort. Aus Sicht der Jugend war es eine durch und durch erfolgreiche Veranstaltung. Insbesondere, weil Doreen Maniura, Landesjugendleiterin der JUNGEN POLIZEI Thüringen, nunmehr Mitglied der Landesleitung der DPoIG Thüringen ist. „Dies ist genau das richtige Zeichen. Die Thüringer DPoIG hat die Zeichen der Zeit erkannt und die Weichen für die Zukunft richtig gestellt. Wenn die tbb Gewerkschaften auch in Zukunft stark aufgestellt sein sollen, müssen die Jugendvertreter auch in Ver-

antwortung gelangen und die Chance zur Mitgestaltung erhalten. Die ordentliche Mitgliedschaft der Landesleitungen sollte zum Standard in allen tbb Mitgliedsgewerkschaften werden. Unter anderem die DPoIG und die komba gehen hier mit gutem Beispiel voran“, so Christian Bürger.

Für die nächsten Jahre steht fest, dass die JUNGE POLIZEI und die dbb jugend thüringen enger zusammenarbeiten und gemeinsame Projekte auf den Weg bringen werden. ■



> Christian Bürger (Jugendvorsitzender dbb jugend thüringen), Doreen Maniura (Jugendvorsitzende JUNGE POLIZEI), Rainer Wendt (Bundesvorsitzender DPoIG) (von links)



> Jürgen Hoffmann (Landesvorsitzender DPoIG Thüringen), Doreen Maniura (Jugendvorsitzende JUNGE POLIZEI), Christian Bürger (dbb jugend thüringen) (von links)

Nachruf

Der tbb trauert um Bernd Fröhlich



Bernd war Mitglied unseres tlv thüringer Lehrerverband seit März 1990, dessen stellvertretender Vorsitzender seit 2008, Mitglied der Bun-

In tiefer Trauer müssen wir informieren, dass Bernd Fröhlich nach schwerer Krankheit am 14. November 2019 – viel zu früh, kurz vor Vollendung seines 65. Lebensjahres – für immer von uns gegangen ist.

destarifkommission sowie der Verhandlungskommission des dbb beziehungsweise der dbb tarifunion seit 2007, langjähriges aktives Mitglied der Kommission Tarif des tbb beamtenbund und tarifunion thüringen.

Bernd bleibt in unserer Erinnerung als sehr engagierter Kollege, dessen Anliegen es war, sich aktiv einzubringen in die Arbeit von tlv, tbb und

dbb, um die Bedingungen für die von uns vertretenen Mitglieder zu verbessern. Er hat sich weit über die Grenzen Thüringens hinaus einen Namen gemacht und wurde von allen Kolleginnen und Kollegen sehr geschätzt, die ihn kennenlernen durften. Seine vielseitigen Kompetenzen, seine Freundlichkeit und Hilfsbereitschaft zeichneten ihn aus. Die Tarifverhandlungen für den öffentlichen

Dienst in Deutschland begleitete er als Mitglied der Verhandlungskommission des dbb gewissenhaft und erfolgreich.

Unsere Gedanken sind bei seiner Frau und seinem Sohn. In stillem Gedenken.

Für die Landesleitung

Helmut Liebermann,
tbb Landesvorsitzender

Ab Dezember

Dienstliche Reisezeiten sind volle Arbeitszeiten

Die Landesregierung hat in ihrem Kabinettsbeschluss vom 22. Oktober 2019 die Thüringer Arbeitszeitverordnung (ThürAzVO) geändert. Für alle Thüringer Beamtinnen und Beamten werden die für Dienst- oder Aus- und Fortbildungsreisen anfallenden Reisezeiten ab Dezember vollständig als Arbeitszeiten angerechnet, nicht mehr nur zur Hälfte, wie das bisher vorgeschrieben war.

Hintergrund ist die Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts. Die Neuregelung besagt, dass bei Dienstreisen immer die insgesamt für das Dienstgeschäft und die Reisezeit tatsächlich aufgewandte Zeit als Arbeitszeit anzurechnen ist.

Bei Dienstreisen, bei denen die Zeit der dienstlichen Inanspruchnahme am auswärtigen Geschäftsort und die dienstlich veranlasste Reise- und Wartezeit in der Summe geringer sind als die regelmäßige tägliche Arbeitszeit, wird nur die tatsächlich benötigte Zeit berücksichtigt. Überschreitet die

aufgewandte Zeit die regelmäßige tägliche Arbeitszeit, so wird diese vollständig angerechnet und berücksichtigt. Gleiches gilt, wenn die Dienstreise an einem Tag stattfindet, an dem der betroffene Beamte regelmäßig oder dienstplanmäßig nicht zur Dienstleistung verpflichtet wäre.

Die Änderung der dienstlichen Reisezeit als Arbeitszeit ist bisher nur für Thüringer Beamte geregelt, noch nicht für Tarifbeschäftigte. Bereits nach bisherigem Recht waren die Vorschriften für Thüringer Beamte günstiger als die tariflichen Regelungen im TV-L und im TVöD.

Das für Tarifregelungen zuständige Thüringer Finanzministerium hatte deswegen in einem Runderlass die für Tarifbeschäftigte anzuwendenden Vorschriften an die der Beamten (übertariflich) angepasst.

Der tbb hat sich im Gespräch mit dem Thüringer Finanzstaatssekretär Schubert bereits im August 2019 für eine entsprechende Übertragung der neuen Vorschriften auch für Thüringer Tarifbeschäftigte eingesetzt, da TV-L und TVöD bezüglich der Anerkennung von Reisezeiten nach wie vor andere Regelungen treffen, die den Tarifbeschäftigten schlech-

terstellen als den Beamten. Der Finanzstaatssekretär hat zugesichert, sich bei der TdL (Tarifgemeinschaft deutscher Länder) dafür einzusetzen, dass die für die Beamten gefundenen neuen Regelungen auch bei den Tarifbeschäftigten angewendet werden.

Handlungsbedarf bleibt noch für die Tarifbeschäftigten im kommunalen Bereich. Der tbb wird sich beim KAV (Kommunaler Arbeitgeberverband) Thüringen für eine vergleichbare vorübergehende Landesregelung bis zur Anpassung des TVöD einsetzen wie im Landesbereich. ■